Bemerkungen zu dem „Entwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch von 1919“¹⁾.

Von

Prof. Dr. Gustav Aschaffenburg (Köln).

(Eingegangen am 1. August 1921.)

Der vor kurzem erschienene Entwurf eines Deutschen Strafgesetzbuches trägt die Jahreszahl 1919. Mit ihm und der dazu gehörigen Denkschrift gleichzeitig wurde ein bis dahin durch den Krieg zurückgehaltener Entwurf der Strafrechtskommission vom Jahre 1913 veröffentlicht, so daß im ganzen jetzt 3 ausführliche Entwürfe vorliegen, die als amtliche oder halbamtliche zu gelten haben. Nur an den Vorentwurf vom Jahre 1909 konnte bisher die kritische Sonde angelegt werden; der Entwurf der Strafrechtskommission, nur in großen Umrissen von Ebermeyer veröffentlicht, ist erst jetzt in seinem Wortlaut bekannt geworden, da sein Abschluß in die erste Kriegszeit fiel.

Wie umfangreich die Kritik des Vorentwurfs war, zeigt am besten, daß im Reichsjustizamt schon im Jahre 1911 eine Zusammenstellung der Veröffentlichungen bis Ende 1910 angefertigt werden konnte, die in einer vorbildlichen Knappheit und mit einem erstaunlichen Spürsinn und Fleiß alle irgendwie wichtigen Äußerungen zu dem Vorentwurf in einem dicken Bande zusammenfaßte.

Ist nun alles das, was durch diese Kritik an Verbesserungen vorgeschlagen wurde, hinreichend verwertet worden, und ist insbesondere das, was wir als Psychiater erwarten können und müssen, erfüllt, oder müssen wir abermals unsere Stimme erheben, um mit unsern Forderungen im Interesse unserer Kranken, aber auch im Interesse der öffentlichen Rechtssicherheit durchzudringen?

I. Die Unzurechnungsfähigkeit.

Es sind genau 11 Jahre, seitdem ich im psychiatrischen Verein der Rheinprovinz über den Vorentwurf berichtet habe²⁾. Damals lautete die dem § 51 unseres jetzigen Strafgesetzbuches entsprechende Bestimmung:

¹⁾ Nach einem Vortrage auf der 96. Versammlung des psych. Vereins der Rheinprovinz am 26. VI. 1921.

²⁾ Allg. Zeitschr. f. Psychiatr. u. psych.-gerichtl. Med. **67**, 955.

„Nicht strafbar ist, wer zur Zeit der Handlung geisteskrank, blödsinnig oder bewußtlos war, so daß dadurch seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen wurde.“

Beanstandet wurden von mir und anderen die Bezeichnungen „geisteskrank“, „blödsinnig“ oder „bewußtlos“ sowie vor allem, daß durch die Beibehaltung des Ausdrucks: „Ausschluß der freien Willensbestimmung“ die alten Schwierigkeiten auch weiterhin bestehen bleiben mußten. Dagegen wurde als zweckmäßig die grundsätzliche Annahme einer Fassung bezeichnet, die — im Gegensatz zu dem Schweizer Strafgesetzbuch — nicht die biologischen Merkmale allein als Kennzeichen der Unzurechnungsfähigkeit betrachtet, sondern durch Zusätze kennzeichnet, daß neben der psychischen Abweichung auch noch deren Bedeutung für das Zustandekommen der Straftat erfaßt werden müsse. Das war um so notwendiger, als sonst die strafrechtliche Kennzeichnung der Zustände verminderter Zurechnungsfähigkeit auf Schwierigkeiten gestoßen wäre.

Ich habe damals als Fassung vorgeschlagen:

„Nicht strafbar ist, wer sich zur Zeit der Handlung in einem Zustande von Geistesstörung, Geistesschwäche oder Bewußtseinsstörung befunden hat, durch den er nicht die Fähigkeit besaß, das Unrecht seiner Tat einzusehen oder dieser Einsicht gemäß zu handeln.“

Ich hatte mich dabei an den österreichischen Vorentwurf von 1909 angelehnt, in dem es aber zum Schluß heißt: „oder seinen Willen dieser Einsicht gemäß zu bestimmen“. Der Kommissionsentwurf nahm einen dem österreichischen entsprechenden Wortlaut an, und aus dieser Fassung ging dann der jetzige § 18 hervor:

„Nicht zurechnungsfähig ist, wer zur Zeit der Tat wegen Bewußtseinsstörung, wegen krankhafter Störung der Geistestätigkeit oder wegen Geistesschwäche unfähig ist, das Ungesetzliche der Tat einzusehen oder seinen Willen dieser Einsicht gemäß zu bestimmen.“

Es ist mir nicht recht verständlich, warum der Ausdruck „Wille“ aufrecht erhalten worden ist, zumal inzwischen in dem österreichischen Strafgesetzentwurf vom Jahre 1912, meinem Vorschlage entsprechend, der letzte Satzteil den Wortlaut erhalten hatte: „oder dieser Einsicht gemäß zu handeln“. Ich meine, daß diese Fassung unbedingt vorzuziehen ist; sie ist ebenso klar wie die andere und nicht mißverständlich. Abgesehen davon, daß die Redewendung „seinen Willen zu bestimmen“ ungeschickt ist und der sonst im jetzigen Entwurf hervortretenden Sorgfalt der Sprache nicht ganz entspricht.

Ganz neu ist im jetzigen Entwurf die Wahl des Ausdruckes: „Das Ungesetzliche der Tat“. Dazu heißt es in der beigegebenen, im ganzen wohl mit Rücksicht auf die Teuerung etwas zu kurzen, Denkschrift: „Aus der Fassung („Das Ungesetzliche“) ergibt sich unzweideutig, daß es für die Frage der Zurechnungsfähigkeit nicht darauf ankommt,

ob der Täter das Sittenwidrige der Tat einsehen kann, sondern auf die Fähigkeit, die Tat als rechtlich mißbilligt anzuerkennen.“

Der österreichische Entwurf hat das „Unrecht“ festgehalten und begründet seine entgegengesetzte Auffassung in den „Erläuternden Bemerkungen zum Entwurf eines österreichischen Strafgesetzbuches vom Jahre 1912“ mit fast dem gleichen Wortlaut, nur unter Umkehrung des Inhalts: „Wenn der Entwurf von der Einsicht in das ‚Unrecht‘ der Tat spricht, so soll damit ausgedrückt werden, daß es nicht auf die Kenntnis oder die Kenntnismöglichkeit der gesetzlichen Bestimmungen ankommt. Die Einsicht in die Normwidrigkeit der Tat kommt gar nicht in Frage, sondern nur ein solches Maß der Einsicht, daß den Täter befähigt, den gemeinschädlichen, antisozialen Charakter der Tat zu erkennen.“

Fragen wir uns, welche Fassung vorzuziehen ist, so werden wir wohl für die deutsche uns entscheiden. Es ist für den Durchschnittsmenschen sehr viel leichter zu beurteilen, ob eine Handlung von dem Allgemeinempfinden verworfen wird, als zu erfassen, ob in der Handlung die Bedingungen einer vom Rechte mit Strafe bedrohten Tat enthalten sind. Mir scheint der geistig Abnorme durch die deutsche Fassung daher besser gestellt zu sein, ohne daß ich aber glaube, wir sollten vom psychiatrischen Standpunkte aus auf die Wahl des Ausdruckes sehr viel Wert legen.

II. Die verminderte Zurechnungsfähigkeit.

Die verminderte Zurechnungsfähigkeit ist im § 18, Abs. 2¹⁾ anerkannt; damit ist über diesen einen Streitpunkt endgültig entschieden, und wir werden nur dafür zu sorgen haben, daß mit der Anerkennung auch wirklich alle Fortschritte erreicht werden, die wir davon erhoffen. Denn für uns ist nicht der Gesichtspunkt allein maßgebend, daß ein vermindert Zurechnungsfähiger nicht mit dem gleichen Maße gemessen werden darf wie der Vollwertige; wir müssen auch dafür eintreten, daß nicht die öffentliche Rechtsicherheit durch den Fortschritt in hohem Maße gefährdet wird. Denn — darüber kann wohl unter Fachleuten kein Zweifel sein — die Zustände vermindelter Zurechnungsfähigkeit bedingen sehr häufig eine erhöhte Gemeingefährlichkeit.

Wie verhalten sich nun die gesetzlichen Bestimmungen dem vermindert Zurechnungsfähigen gegenüber?

Nach § 111 wird die Strafe in solchen Fällen erheblich gemildert und kann bei zeitlichem Zuchthaus bis auf Gefängnisstrafe von einem Tag herabgesetzt werden, ja, es kann sogar von Strafvollzug völlig abgesehen werden, wenn Schutzaufsicht genügt (§ 88, Ziffer 2). Damit

¹⁾ § 18, 2: „War die Fähigkeit zur Zeit der Tat aus einem dieser Gründe nur in hohem Grade vermindert, so ist die Strafe zu mildern (§ 111).“

ist es in die Hand des Strafrichters gegeben, sich der Persönlichkeit des geistig-abnormen, aber nicht völlig unzurechnungsfähigen Rechtsbrechers bis in alle Einzelheiten des gegebenen Falles im Strafmaße anzupassen. Darüber hinaus kann in Zukunft auch im Strafvollzug auf die vermindert Zurechnungsfähigen besondere Rücksicht genommen werden.

§ 52. Bei der Vollstreckung von Freiheitsstrafen gegen vermindert Zurechnungsfähige ist deren Geisteszustand zu berücksichtigen. Wenn dieser es erfordert, sind die Gefangenen in besonderen Anstalten oder Abteilungen unterzubringen; Zuchthausgefangene sind von anderen Gefangenen, soweit möglich, getrennt zu halten.

Fraglich bleibt allerdings, wie das in Wirklichkeit zu machen ist. Die Schwierigkeiten besonderer Rücksichtnahme auf geistig Abnorme im Strafvollzug sind bekanntlich sehr groß, und es wird erst recht nicht leicht sein, besondere Anstalten oder Abteilungen zu errichten, es sei denn, daß man bestimmte Anstalten nur für solche Menschen auswählt, wozu in Preußen schon Anfänge vorhanden sind. Eine besondere beneidenswerte Aufgabe wird es weder für den Strafanstaltsleiter noch für den Arzt sein, mit einer großen Menge dieser reizbaren und schwer disziplinierbaren Menschen umzugehen und die notwendige Strafdisziplin mit den ärztlichen Anforderungen in Einklang zu bringen.

III. Die Verwahrung.

Vielleicht der größte Fortschritt, den der neue Entwurf bringt, ist die Möglichkeit von Sicherungsmaßregeln.

§ 88: Wird jemand nach § 18, Abs. 1 wegen fehlender Zurechnungsfähigkeit freigesprochen oder außer Verfolgung gesetzt oder nach § 18, Abs. 2 als vermindert zurechnungsfähig verurteilt, so ordnet das Gericht seine Verwahrung in einer öffentlichen Heil- oder Pflegeanstalt an, falls die öffentliche Sicherheit diese Maßregel erfordert.

Genügt Schutzhaft, so ist diese anzuordnen.

§ 89: Die Verwahrung bewirkt die Landespolizeibehörde.

Ist auf die Verwahrung neben einer Freiheitsstrafe erkannt worden, so verbißt der Verurteilte zunächst die Strafe. Ist die Verwahrung durch den Strafvollzug überflüssig geworden, so wird der Verurteilte nicht mehr in der Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht; dies gilt auch dann, wenn der Verurteilte aus der Strafhaft vorläufig entlassen und die Entlassung nicht widerrufen wird.

Hat das Gericht dem Verurteilten bedingte Strafaussetzung bewilligt, so wird er in der Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht, sobald das Urteil rechtskräftig geworden ist; die Zeit, die er in der Anstalt zugebracht hat, wird auf die Probezeit angerechnet.

§ 90: Über die Entlassung bestimmt die Landespolizeibehörde. Eine Fortdauer der Verwahrung über zwei Jahre hinaus kann nur das Gericht anordnen. Ordnet es die Fortdauer an, so bestimmt es zugleich, wann seine Entscheidung von neuem einzuholen ist.

Wenn wir an diesen Paragraphen etwas zu beanstanden haben, so ist es das Fehlen einer Bestimmung über die Rolle des Arztes, die

doch schließlich wohl im Vordergrund stehen müßte. Der österreichische Entwurf vom Jahre 1912 hat im § 519/III vorgesehen: „Das Gutachten von Irrenärzten ist einzuholen, wenn die Verwahrung auf Grund des § 36 stattfindet.“

Praktisch wird wohl in jedem Fall der Arzt schon allein deshalb mitzuwirken haben, da sich die Landespolizeibehörde wohl stets von Ärzten unterrichten lassen wird. Immerhin scheint es mir wünschenswert, daß die Mitwirkung des Arztes *ex officio* gesichert ist. Was dabei herauskommt, wenn Verwaltungsbehörden die letzte Entscheidung zu treffen haben — und dasselbe gilt wohl auch für die Entscheidung der Gerichte — habe ich bei Besuchen von Bewahrungsanstalten in England, Schottland und Irland sehen können. Besonders in dem weltberühmten Broadmore befinden sich nicht wenig Kranke, die nach dem Urteil der Ärzte seit Jahren hätten entlassen werden können, deren Freilassung aber das übergeordnete Home-Office nicht genehmigt, darunter z. B. geheilte Melancholiker nach Selbstmordversuchen!

Ich weiß, daß viele Kollegen der Ansicht sind, daß allein der Arzt in der Lage sei, über die Entlassungsmöglichkeit zu entscheiden. Ich bin zwar auch der Ansicht, daß wir im allgemeinen die Sachlage besser zu beurteilen verstehen als die Verwaltungsbehörden und Richter, denen trotz des Vorliegens ausführlicher ärztlicher Gutachten der Krankheitszustand selbst ein schwer zu berechnender Faktor bleibt. Ich kann aber andererseits das Unglück nicht für sehr groß halten, wenn uns die Verwaltungsbehörden die Verantwortung abnehmen. Sie haben vor uns eins voraus: sie können über die Verhältnisse, in die der gebesserte Kranke — und um Besserung wird es sich wohl sehr viel häufiger handeln als um Heilung — zurückkehrt, amtlich sorgfältiger Nachforschungen anstellen, als das uns Ärzten möglich ist. Und gerade darauf kommt sehr viel an, in welche Umgebung der Kranke zurückkehrt.

Dadurch, daß der Richter in Zukunft das Recht, ja sogar die Pflicht hat, im Falle der Unzurechnungsfähigkeit neben der Freisprechung die Versorgung des Kranken anzuordnen (das gleiche gilt in entsprechender Abänderung bei den vermindert Zurechnungsfähigen) fällt eine der tiefsten Wurzeln des Widerstandes, den wir so oft bei den Richtern unsern Gutachten gegenüber verspürt haben, weg. Aber vor allem ist damit erreicht, was uns als Sachverständige so oft bedrücken mußte: daß unsere Begutachtung — wenn auch ohne unsere Schuld und durchaus gegen unsere Wünsche — eine Gefahr für die öffentliche Rechtssicherheit wurde oder mindestens werden konnte. Wenn das in Zukunft anders wird, so dürfen wir Psychiater uns das als ein besonderes Verdienst zuschreiben. Wer die umfangreiche Literatur auf diesem Gebiete kennt, weiß, wie schwer es geworden ist, bis anerkannt worden ist, daß Sicherungsmaßregeln ein unerläßlicher Bestandteil der Strafrechts-

pflege sind, und weiß auch, daß wir stets die Berücksichtigung der Zustände verminderter Zurechnungsfähigkeit nur im Zusammenhang mit den nötigen Sicherheitsmaßregeln verlangt haben.

IV. Die Trunkfälligen.

§ 274. Wer sich schuldhaft in Trunkenheit versetzt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 3000 Mark bestraft, wenn er eine Handlung begeht, wegen deren er nicht bestraft werden kann, weil er infolge der Trunkenheit nicht zurechnungsfähig war.

Ist der Täter schon früher wegen sinnloser Trunkenheit oder wegen strafbarer Ausschreitungen im Trunke verurteilt worden, so ist die Strafe Gefängnis bis zu 2 Jahren oder Geldstrafe.

In besonders leichten Fällen kann von Strafe abgesehen werden.

Diese Bestimmungen sind ganz neu. Sie gestatten eine Bestrafung der Trunkenheit als solcher, wenn in ihr ein „gemeinschaftliches Verhalten“ (so ist der Abschnitt 17 überschrieben) zutage tritt. Ob damit viel zu erreichen sein wird, muß dahin gestellt bleiben; die Erfahrungen anderer Länder, in denen die Bestrafung öffentlicher Trunkenheit schon lange eingeführt ist, sprechen nicht für eine nennenswerte abschreckende Wirkung. Auch das scheint mir nicht zweckmäßig, die noch zu besprechenden Heilmaßnahmen in so enge Verbindung mit einer Bestrafung aus § 274 zusammenzukuppeln.

Aus § 274 geht hervor, daß Zustände sinnloser Trunkenheit den Voraussetzungen der Unzurechnungsfähigkeit entsprechen. Das ist im § 18 nicht besonders erwähnt. Wohl aber ist im Absatz 3 dieses § ausdrücklich hervorgehoben, daß eine Verminderung der Zurechnungsfähigkeit und damit eine Strafmilderung nicht gilt „bei Bewußtseinsstörungen, die auf selbstverschuldeter Trunkenheit beruhen“. Mit dem Ausdruck „selbstverschuldet“ wird wohl im allgemeinen nur ein Gegensatz zu den mehr theoretisch als praktisch wichtigen und jedenfalls äußerst seltenen Fällen gemeint sein, in denen jemand ohne sein Wissen mit Alkohol vergiftet worden ist.

Unter den neuen Maßnahmen zur Bekämpfung gefährdender Trunksüchtigen und Betrunkenen ist das Wirtshausverbot zu erwähnen.

§ 91. Wird jemand, der zu Ausschreitungen im Trunke neigt, wegen einer Straftat, die er in selbstverschuldeter Trunkenheit begangen hat, oder wegen sinnloser Trunkenheit (§ 274) verurteilt, so kann ihm das Gericht für eine bestimmte Frist verbieten, sich in Wirtshäusern geistige Getränke verabreichen zu lassen.

Das Verbot ist nur zulässig, wenn auf eine Freiheitsstrafe von höchstens 6 Monaten oder auf Geldstrafe oder auf Verweis erkannt wird.

Die Frist ist mindestens auf 3 Monate und höchstens auf 1 Jahr zu bemessen. Sie wird von dem Tage berechnet, an dem das Urteil rechtskräftig wird; die Zeit, während welcher der Verurteilte eine Freiheitsstrafe verbüßt, wird in die Frist nicht eingerechnet.

Ich lege bei der Kritik weniger Gewicht auf die unverständliche Beschränkung auf eine Höchstdauer von 1 Jahr und ebensowenig darauf, daß das Wirtshausverbot nur bei geringfügigen Strafen angewandt werden kann; der Haupteinwand ist wohl der der Wirkungslosigkeit. Nicht in großen Städten allein läßt sich die Maßnahme überhaupt nicht durchführen; auch auf dem Lande gibt es Mittel und Wege, das Verbot zu umgehen. Wir haben in Baden jedenfalls keine nennenswerten Erfolge gehabt.

So wird das Wirtshausverbot immer nur ein Schlag ins Wasser sein, nur daß ihm noch ein weiteres Bedenken anhängt: der Richter wird leicht geneigt sein, zu glauben, er habe durch Verhängung des Wirtshausverbotes etwas getan und von der schärferen Maßnahme des § 92 Abstand nehmen.

§ 92 Wird ein Trunksüchtiger wegen einer Straftat, die er in der Trunkenheit begangen hat, oder wegen sinnloser Trunkenheit (§ 274) zu Strafe verurteilt, so ordnet das Gericht seine Unterbringung in einer Trinkerheilanstalt an, falls diese Maßregel erforderlich ist, um ihn an ein gesetzmäßiges und geordnetes Leben zu gewöhnen.

Genügt Schutzaufsicht, so ist diese anzuordnen.

§ 93. Die Unterbringung in der Trinkerheilanstalt bewirkt die Landespolizeibehörde.

Die Vorschriften des § 89, Abs. 2, 3 gelten entsprechend.

§ 94. Die Landespolizeibehörde entläßt den Verurteilten aus der Trinkerheilanstalt, sobald der Zweck der Maßregel erreicht ist. Dabei kann sie ihm besondere Pflichten auferlegen; sie kann ihn auch unter Schutzaufsicht stellen.

Stellt sich heraus, daß der Zweck der Maßregel noch nicht erreicht war, so kann die Landespolizeibehörde die Entlassung widerrufen.

Mit Ablauf einer Frist von 2 Jahren, von der ersten Unterbringung an gerechnet, erreichen alle Maßnahmen, die auf Grund der Anordnung des Gerichts getroffen worden sind, ihr Ende.

Auch hier läßt sich der Einwand nicht unterdrücken, warum das Gericht nicht zielbewußt ist, und wenn es not tut, die Maßregel auch über die zwei vorgeschriebenen Jahre hinaus ausdehnen darf. Wenn man Landstreicher bis zur Dauer von 3 Jahren der Freiheit berauben kann, so ist das erst recht nötig bei den im allgemeinen viel gefährlicheren Trinkern. Es kommt noch hinzu, daß die Strafzeit anscheinend in die zweijährige Frist einbezogen wird. Wenn auch tatsächlich in der Strafanstalt die Trunksüchtigen keine Gelegenheit haben, Alkohol zu sich zu nehmen, so ist das nicht gleichbedeutend mit der Unterbringung in eine Trinkerheilstätte, in der neben der mechanischen Verhinderung des Trinkens doch die Erziehungsmaßnahmen im Vordergrund stehen. Hier dürfte doch noch manches an dem Entwurf zu verbessern sein.

V. Die Jugendlichen.

Die Heraufsetzung des Strafunmündigkeitsalters auf das 14. Lebensjahr ist endgültig beschlossen. Nach § 9 gilt als Kind im Sinne des

Strafgesetzbuches, wer noch nicht 14 Jahre alt ist. Es heißt dann weiter in § 129:

„Ein Kind, das eine mit Strafe bedrohte Handlung begeht, gilt als nicht zurechnungsfähig.“

Die Stufe der relativen Strafmündigkeit des jugendlichen Alters bis zum vollendeten 18. Lebensjahr ist im § 130 vorgesehen:

§ 130. Ein Jugendlicher, der eine mit Strafe bedrohte Handlung begeht, ist nicht zurechnungsfähig, wenn er zur Zeit der Tat wegen zurückgebliebener Entwicklung oder mangels geistiger oder sittlicher Reife unfähig ist, das Ungesetzliche der Tat einzusehen oder seinen Willen dieser Einsicht gemäß zu bestimmen.

Hier ist derselbe Einwand zu erheben wie bei der Unzurechnungsfähigkeit der Erwachsenen, soweit wie es den Wortlaut betrifft. Besonders erfreulich ist, daß in allen Fällen der Aburteilung Jugendlicher das Gericht im Urteil darüber zu bestimmen hat, ob Erziehungsmaßregeln erforderlich sind, um den Jugendlichen an ein gesetzmäßiges Leben zu gewöhnen. Ein erheblicher Fortschritt gegenüber der früheren Gesetzgebung ist die Möglichkeit, daß der Richter sich mit Erziehungsmaßnahmen begnügen kann, wenn der Fall dazu geeignet erscheint.

§ 132. Hält das Gericht Erziehungsmaßregeln für ausreichend, so hat es diese anzuordnen und von Strafe abzusehen.

Hält das Gericht sowohl Strafe als auch Erziehungsmaßregeln für erforderlich, so ist auf beides nebeneinander zu erkennen.

Auf die erforderlichen Erziehungsmaßregeln hat das Gericht auch dann zu erkennen, wenn es den Jugendlichen wegen fehlender Zurechnungsfähigkeit freispricht oder wegen Annahme eines besonders leichten Falles von Strafe absieht.

In den weiteren Bestimmungen, auf deren Einzelheiten einzugehen sich hier erübrigt, steht dem Richter eine ganze Fülle von Maßregeln zur Verfügung, von der elterlichen, der Schulzucht, der Schutzaufsicht an bis zur Fürsorgeerziehung. Ebenso ist im § 136 nachdrücklich darauf hingewiesen, daß im Strafvollzug „unter Wahrung des Ernstes der Strafe seine (des Jugendlichen) Erziehung gefördert wird“. Es ist unverkennbar, daß gerade die Bestimmungen über die Jugendlichen am sorgfältigsten und zielbewußtesten den Gesichtspunkt wahren, der Persönlichkeit des Rechtsbrechers sich bis in alle Einzelheiten hinein anzupassen, ohne durch allzu große Weichlichkeit die öffentliche Rechtssicherheit zu gefährden.

VI. Die homosexuellen Handlungen.

Eine kurze Bemerkung noch zur Frage der Homosexualität:

§ 325. Männer, die miteinander eine beischlafähnliche Handlung vornehmen, werden mit Gefängnis bestraft.

Ein Volljähriger, der die Tat unter Verführung eines Jugendlichen begeht, wird mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft. Ebenso wird bestraft, wer die Tat unter Mißbrauch eines durch Amts- oder Dienstgewalt begründeten Abhängigkeitsverhältnisses begeht.

Gleiche Strafe (Abs. 2) trifft den, der die Tat gewerbsmäßig begeht.

Wer sich in der Absicht, aus dem Unzuchtsbetrieb ein Gewerbe zu machen, zu der Tat anbietet oder bereit erklärt, wird mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft.

In den Fällen der Abs. 2—4 kann Aufenthaltsverbot neben Gefängnis zugelassen werden.

Der Vorentwurf hatte auch die Bestrafung der Frauen wegen Homosexualität ins Auge gefaßt; der neue Entwurf hat davon wieder Abstand genommen. Ich glaube, ganz mit Recht. Die Bestrafung der weiblichen Homosexuellen würde zu den widerlichsten Verhandlungen führen, die für die allgemeine Sittlichkeit bedenklicher wären als die Duldung eines Übels, das sich doch gerade bei Frauen noch viel mehr in aller Heimlichkeit abspielt als bei Männern; vor allem wäre auch eine scharfe Erfassung des Begriffs: beischlafähnliche Handlungen kaum möglich, jedenfalls ein Nachweis fast nie mit Sicherheit zu führen.

Die Frage, ob überhaupt die Verfolgung der Homosexuellen auf dem Wege der Strafgesetzgebung geschehen soll, will ich hier beiseite lassen; die Gründe für und gegen sind so oft erörtert worden, daß Neues nicht darüber zu sagen ist. Eines allerdings verdient die schärfste Betonung: wer, wie ich, auf dem Standpunkt steht, daß die Homosexualität im allgemeinen eine erworbene Eigenschaft ist, muß verlangen, daß die Jugendlichen, deren Geschlechtsempfinden noch nicht geklärt ist, vor der Verführung geschützt werden; und zwar dürfen wir uns nicht damit begnügen, das Schutzalter wie sonst nur bis zum 14. Jahr reichen zu lassen, sondern es muß unbedingt so weit gehen, daß im allgemeinen die geschlechtliche Richtung sich deutlich herausgebildet hat. Das dürfte durchweg bis zum vollendeten 18. Jahre der Fall sein. Dementsprechend ist in dem vorerwähnten Abs. 2 die Verführung des Jugendlichen unter besondere Strafe gestellt, und zwar unter außerordentlich hohe Strafe. Sollte bei der Beratung des Strafgesetzbuches die Strafbarkeit der homosexuellen Handlungen fallen gelassen werden, so muß erst recht verlangt werden, daß die Bestimmungen zum Schutz der Jugendlichen in vollem Umfange aufrecht erhalten werden.

Zum Schluß noch eine allgemeine Bemerkung: Der neue Entwurf zeigt gegenüber unserem jetzigen Gesetz und auch gegenüber den andern Entwürfen eine zielbewußte Herausarbeitung der Gesichtspunkte, daß neben der Strafe auch Erziehungs- und Sicherungsmaßnahmen zu den Aufgaben der Strafrechtspflege gehören. Und es ist wahrlich kein geringer Fortschritt, daß die Möglichkeit einer zeitlich unbeschränkten Verwahrung gefährlicher Geistesgesunder gegeben ist. Über das Recht der Individualität ist das Recht der Allgemeinheit gestellt. Ich darf auch hier betonen, daß dieser Fortschritt

nicht zum wenigsten der Aufklärungsarbeit der Psychiater zu verdanken ist. So dürfen wir hoffen, daß unser neues Strafgesetzbuch den Anforderungen des Rechtsstaates in vollem Umfange gerecht werden wird. Da immerhin zu befürchten ist, daß im Reichstage mancher gute Ansatz in Gefahr steht, durch Verwässerung und Abschwächung seine volle Durchschlagskraft einzubüßen, so werden wir gut tun, uns nicht zu begnügen mit dem Erreichten und dem Bestreben, die uns wünschenswerten geringfügigen Verbesserungen noch durchzusetzen; wir werden uns vielmehr nach wie vor mit ganzer Kraft bemühen müssen, die Zweckmäßigkeit der im Strafgesetzentwurf vorgesehenen Maßnahmen in das Denken und Fühlen des Volkes einzuhämmern.